
Aargauer Wirtschaftspolitik im Spiegel der Staatsfinanzen

Ein Manifest von SVP, FDP und CVP

kfr. Die derzeitige Lage erfordert eine Politik für mehr Wachstum der Privatwirtschaft und nicht der Staatswirtschaft. Diese Meinung vertreten die Fraktionschefs von SVP, FDP und CVP im Kanton Aargau in einem Manifest. Sie halten es für geboten, vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise, einer grossenteils neu zusammengesetzten Regierung und neuer Verhältnisse im Grossen Rat «einige Klarstellungen zu einer bürgerlichen Finanzpolitik zu machen» – mit einer Absage an grosse Interventionen. Der Positionsbezug wurde von Professor Gebhard Kirchgässner (Universität St. Gallen) mit ökonomischen Darlegungen begleitet, während der Präsident der Industrie- und Handelskammer, Daniel Knecht, die Sicht der aargauischen Wirtschaft vertrat.

Das Manifest bekennt sich zu einer freien Wirtschaftsordnung; in dieser soll der Staat zeitlich limitierte konjunkturstützende Massnahmen nur ergreifen, wenn sie nachweisbar eine positive Wirkung entfalten, eine wirksame und nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht behindern. Es dürften namentlich keine neuen Subventionstatbestände geschaffen und keine Beiträge an Konsumausgaben geleistet werden. Daher stehen nach Auffassung von SVP, FDP und CVP eine gezielte steuerliche Entlastung, die Priorisierung von Infrastrukturinvestitionen sowie solche in Forschung und Innovation im Vordergrund. Bei allem, was gegen die Krise getan werde, seien die Staatsfinanzen und die Spielräume der nächsten Generationen zu beachten. Das zentrale Ziel einer verantwortungsvollen Politik «für ein handlungsfähiges Staatsgebaren» sei der mittelfristige Haushaltsausgleich.

Für diesen – nicht für einen Schuldenabbau – plädierte unter den gegebenen Umständen auch Finanzdirektor Roland Brogli. Er warb für die vom Regierungsrat beantragte Schaffung einer Ausgleichsreserve von 190 Millionen Franken. In einer ersten Reaktion kritisierten die Aargauer SP und ihre Grossratsfraktion den «seltsamen Auftritt». Das Manifest sei praxisfern; es erwähne die Arbeitnehmer als die wahren Leidtragenden der Krise mit keinem Wort.